

10/25

STIMME

DER WIRTSCHAFT

ZÜRCHER
HANDELSKAMMER



Editorial

Verbesserter Marktzugang nach Indien und Lateinamerika

Good News für die Schweizer Exportwirtschaft: Das Freihandelsabkommen (FHA) zwischen den EFTA-Staaten und Indien ist nach 16 Jahren Verhandlung am 1. Oktober 2025 in Kraft getreten. Ein Referendum wurde nicht ergriffen.

Die Zürcher Handelskammer begrüsst dieses rasche Inkrafttreten ausdrücklich. Schweizer Exporteure erleben gerade schwierige Zeiten. Die hohen US-Importzölle stellen auch für viele Zürcher Unternehmen eine erhebliche Belastung dar. Ein Freihandelsabkommen mit dem weltweit bevölkerungsreichsten Land – und prognostizierten Wachstumsraten zwischen sechs und neun Prozent jährlich – kommt daher zur richtigen Zeit. Rund 95 Prozent der Zölle auf Schweizer Industrieexporte werden sofort oder schrittweise abgebaut. Langfristig wird mit Einsparungen für Schweizer Unternehmen von bis zu 167 Millionen Franken jährlich gerechnet.

Und, im internationalen Wettbewerb letztlich relevant: Dadurch erhalten Schweizer Unternehmen einen besseren Marktzugang nach Indien als die europäische Konkurrenz. Die EU befindet sich derzeit noch im Verhandlungsprozess, dürfte also bald auch nachziehen.

Noch nicht ganz so weit ist derweil ein weiteres wichtiges Abkommen – das FHA zwischen den EFTA- und den Mercosur-Staaten Argentinien,

Brasilien, Paraguay und Uruguay, das am 16. September unterzeichnet worden war. Mit diesem Abkommen stärkt die Schweiz ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu einer dynamischen Wachstumsregion mit insgesamt rund 270 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten. Es sieht Zollsenkungen für 96 Prozent der Schweizer Exporte vor und bringt jährliche Einsparungen von über 155 Millionen Franken.

Nun ist die Schweizer Politik gefordert. Es ist jetzt entscheidend, den Genehmigungsprozess für das neue Abkommen ebenso rasch zu vollziehen wie beim Freihandelsabkommen mit Indien. Das gleiche gilt für weitere anstehende Abkommen, etwa mit Chile (unterzeichnet, derzeit im Parlament), Thailand, Kosovo oder Malaysia (alle unterzeichnet, demnächst im Parlament).

In diesem Zusammenhang begrüsst die Zürcher Handelskammer auch die jüngste handelspolitische Initiative des Bundesrates. Mit der «Future of Investment and Trade Partnership» will die Schweiz zusammen mit 13 anderen kleinen und mittelgrossen Volkswirtschaften den offenen und regelbasierten globalen Handel fördern und die Diversifizierung der Schweizer Handelsbeziehungen stärken. ▽

MICHAEL SETTELEN
LEITER VOLKSWIRTSCHAFT ZÜRCHER HANDELSKAMMER

Neubau schafft Perspektiven für Einheimische

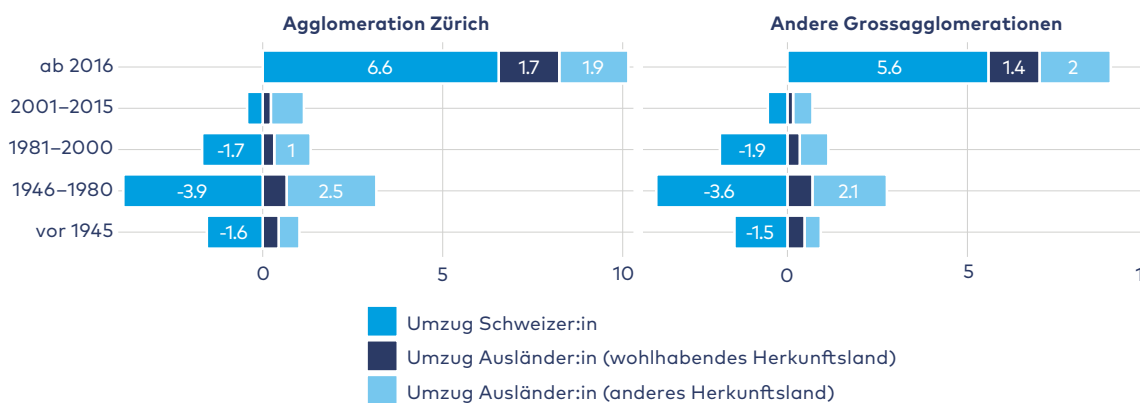
Wie eine neue Studie des Forschungsinstituts Sotomo zeigt, profitieren vom Wohnungsbau vor allem Einheimische. Studienautor Michael Hermann, Polit-Geograf und Leiter von Sotomo, erläutert die Ergebnisse in einem Gastbeitrag exklusiv für die Zürcher Handelskammer.

MICHAEL HERMANN

Die urbanen Zentren der Schweiz sind als attraktive Arbeits- und Lebensräume Magnete für Menschen aus dem In- und Ausland. Das gilt besonders für Zürich, dem mit Abstand grössten Ballungsraum der Schweiz. Dabei ist Zürich die einzige grossstädtische Agglomeration, in der die Bevölkerung schneller wächst als der Wohnungsbestand. Wohnungsknappheit und steigende Preise sind die Folge. Auf diese reagieren Politik und Bevölkerung immer abwehrender: Wachstumskritik nimmt zu, ebenso wie der Druck, den Mieterschutz auszubauen und den Markt zurückzubinden. Es herrscht eine protektionistische Grundstimmung. Arealentwicklungen und Wohnungsbau werden dabei eher als Teil des Problems als Teil der Lösung gesehen. Im Fokus stehen nicht jene Menschen, die nur dank Wohnungsbau eine Wohnung finden, sondern jene, die durch Ersatzneubau oder Totalsanierung ihr Zuhause verlieren. Statt als Entlastung des Markts wird Neubau eher als Preistreiber wahrgenommen, der gewachsene Quartierstrukturen zerstört. Das ist fatal. So lange nämlich die Agglomeration Zürich ein attraktiver Arbeits- und Lebensraum bleibt, bleibt auch der Bevölkerungsdruck bestehen. Protektionismus verschärft bloss die Probleme, statt ihnen zu begegnen.

Wohnungsknappheit trifft auf Wachstumskritik
Wird zu wenig gebaut, dann führt dies zu Verdrängung. Wohnungsbau schafft Möglichkeiten für Ansässige, in ihrer Nachbarschaft zu bleiben, wenn sie umziehen müssen. Dies und vieles mehr zeigt die Studie «Wohnraum für Zürich und die Schweiz», die Sotomo im Auftrag der Initiative «Fürschi Züri» der Zürcher Handelskammer erstellt hat.

Ohne Zweifel ist die Zuwanderung aus dem Ausland der wichtigste Treiber für das Bevölkerungswachstum. Falsch ist jedoch, daraus abzuleiten, Neubau komme primär den Zugezogenen zugute. Das Gegenteil ist wahr: Neu erstellte Wohnungen gehen überwiegend an Ansässige. So leben drei Viertel derer, die in der Agglomeration Zürich in eine Neubauwohnung ziehen, schon seit mehr als zehn Jahren in der Schweiz. Nur gerade 8 Prozent kommen direkt aus dem Ausland. Ähnlich wie bei Genossenschaftswohnungen gibt es auf dem Neuwohnungsmarkt einen impliziten Inländervorrang. Die ansässige Bevölkerung nimmt Bauprojekte frühzeitig zur Kenntnis, ist besser über den Wohnungsmarkt informiert und kann oft langfristig planen und eher Wohneigentum erwerben als Zugezogene. Schweizerinnen



Die Abbildung zeigt das Umzugssaldo nach Bauperiode und Nationalität in der Agglomeration Zürich. Schweizerinnen und Schweizer ziehen von Alt- in Neubauwohnungen (ab 2016). Ausländische Personen ziehen in Nachkriegsbauten (1946–1980). (Quelle: BFS STATOP und GWS)

und Schweizer zahlen weniger für vergleichbare Wohnungen als ausländische Personen. Gegenwärtig findet dabei ein Exodus der Inländer aus qualitativ schlechteren Nachkriegsbauten hin zu neuwertigen Neubauwohnungen statt. Es sind Personen ohne Schweizer Pass, insbesondere solche aus ärmeren Herkunftsländern, die die freiwerdenden Wohnungen in den Nachkriegsbauten übernehmen.

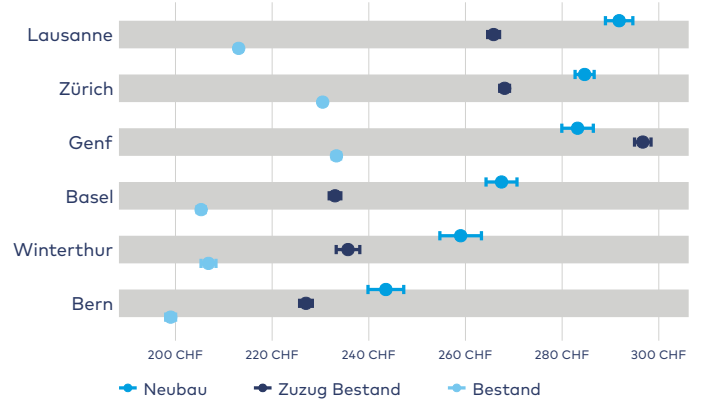
Umzugsketten schaffen zusätzlichen Wohnraum

Die mittlere Umzugsdistanz in Neubauwohnungen liegt bei weniger als 5 Kilometern. Viele Personen ziehen also aus der Umgebung ein und geben dabei ihre bisherige Wohnung im selben Quartier frei. Eine Umzugskette setzt sich in Gang. Pro Person, die in eine Neubauwohnung zieht, finden in der Agglomeration Zürich aufgrund dieser Umzugsketten zwei weitere Personen eine Wohnung. Das so mobilisierte Angebot an freien Wohnungen verschafft vor allem jungen Paaren, Einzelpersonen und Familien Wohnraum. Weil diese aufgrund ihrer Lebensumstände oftmals umziehen müssen, machen junge Erwachsene und Familien fast zwei Drittel von jenen aus, die umziehen, während ältere Personen sich an ihre Bestandswohnungen klammern. Solange die Bevölkerung wächst, finden jüngere Menschen deshalb nur durch die Ausweitung des Angebots Wohnraum. Fehlt dieser Wohnraum, werden junge Erwachsene und Familien als erste aus der Stadt und der Agglomeration verdrängt. Denn es gilt: Ohne Wohnraum gibt es auch keinen bezahlbaren Wohnraum. Die Auswertung zeigt ausserdem, dass sich die Wohnpreise im direkten Umfeld grosser Neubaugebiete nicht anders entwickeln als in vergleichbaren Referenzregionen.

Ersatzneubau wirkt nur bei hoher Ausnützung

Entgegen verbreiteten Vorurteilen gehen seit 2016 bloss rund ein Prozent aller Umzüge in der Agglomeration Zürich auf Leerkündigungen zurück. Dennoch gilt, dass immer, wenn alte Gebäude für Neubauten abgerissen werden, Menschen ihre angestammte Wohnung und ihr Zuhause verlieren. Neubau hat vor allem dann einen positiven Effekt auf den Wohnungsmarkt, wenn pro abgebrochene Wohnung viele neue Wohnungen entstehen. Dabei zeigen sich bemerkenswerte regionale Unterschiede. Während in den grossen Westschweizer Agglomerationen bei Ersatzneubau mehr als sechs neue Wohnungen entstehen, sind es in den grossen Deutschschweizer Agglomerationen bloss halb so viele. In der Stadt Zürich entstehen sogar nur etwas mehr als zwei neue Wohnungen pro abgerissener Wohnung. Eine gezielte Erhöhung der Ausnutzungsziffern nach Westschweizer Vorbild würde die Wirksamkeit von Ersatzneubauten auch diesseits des Röstigrabens stark erhöhen.

Weniger vorbildlich sind dagegen die Westschweizer Ansätze im Mieterschutz. Die Auswertung zeigt, dass freiwerdende Bestandswohnungen in keinem Ballungsraum der Schweiz teurer vermietet werden als in Genf. Dies obwohl hier seit Jahrzehnten ein ausgebauter Mieterschutz mit Mietpreisdeckel bei Wohnungswechsel besteht. Besonders bemerkenswert ist, dass die freiwerdenden Bestandswohnungen hier im Durchschnitt sogar höhere Quadratmeterpreise erzielen als Neubauwohnungen. Zwar gibt es in Genf wegen Mietpreisregulierungen weniger Totalanierungen und damit auch weniger Leerkündigungen, dafür steigt der Preisdruck bei allen freiwerdenden Bestandswohnungen – ob saniert oder nicht. Ähnliches zeigt sich, aus anderen Gründen, in der Stadt Zürich und an der Zürcher Goldküste. Hier ist die Neubautätigkeit trotz hoher Lageattraktivität und Nachfrage geringer als überall sonst in der Agglomeration Zürich mit dem Effekt, dass der Nachfragedruck bei den Bestandswohnungen steigt und diese nach Mieterwechsel ebenso viel kosten wie Neubauwohnungen.



Die Abbildung zeigt die Quadratmetermietpreise pro Jahr. Am günstigsten sind Bestandswohnungen ohne Mieterwechsel. Bestandswohnungen nach Mieterwechsel sind oft deutlich teurer und nicht wesentlich günstiger als Neubauwohnungen. In der Agglomeration Genf sind neu bezogene Bestandswohnungen sogar teurer als Neubauwohnungen. (Quelle: BFS Strukturergabung und GWS)

Trotz grosser Preisdynamik ist die Tragbarkeit der Miete in allen Teilen der Agglomeration Zürich für rund zwei Drittel der Bewohnenden sehr gut. Das mittlere Einkommensdrittel verwendet nur rund 20 Prozent des Haushaltseinkommens für die Miete. Das untere Einkommensdrittel benötigt dagegen rund 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Für dieses untere Drittel braucht es gezielte Massnahmen für die Tragbarkeit der Wohnkosten. Für alle anderen ist die Bereitstellung eines ausreichenden Wohnungsangebots die entscheidende Herausforderung. Wer Neubau verhindert, trägt zur Verdrängung bei.



Mehr Informationen:
www.fuerschi-zueri.ch

ZHK News

BUDGET 2026 – ZHK FORDERT STEUERFUSSSENKUNG

Der Kanton Zürich schreibt seit Jahren Überschüsse. Diese Gelder stammen in erster Linie von den Steuerzahlenden. Die Zürcher Handelskammer fordert deshalb, den Steuerfuss im Budget 2026 um zwei Prozentpunkte zu senken.

Zürichs Finanzdirektor Ernst Stocker hat am 29. August 2025 den Budgetentwurf 2026 und den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2026–2029 präsentiert. Für das kommende Jahr resultiert ein Defizit von 139 Mio. Franken.

Die geplanten Ausgaben wachsen dabei im Vergleich zu den vorliegenden Zahlen für 2025 um weitere 725 Mio. Franken an – auf erstmals mehr als 20 Mia. Franken. Haupttreiber sind höhere Ausgaben beim kantonalen Finanzausgleich sowie immer weiter steigende Personalkosten. Verglichen mit 2015, dem Jahr des Amtsantritts von Stocker, steigen die erwarteten Ausgaben bis 2029 damit um fast 45 Prozent.

Die Erträge steigen zwar auch Jahr für Jahr – die Steuererträge seit 2020 praktisch jährlich um 300 Mio. Franken, notabene bei gleichbleibendem Steuerfuss. Bei diesem Ausgabenwachstum bleibt am Ende jedoch nichts davon übrig.

Die Zahlen zeigen zweierlei: einerseits täuscht die konservative Budgetierung darüber hinweg, dass zuletzt Jahr für Jahr Überschüsse erzielt worden sind. 2016 bis 2024 erzielte der Kanton solche von insgesamt 3.8 Mia. Franken, für das laufende Jahr allein sind 744 Mio. Franken als Überschuss budgetiert.

Dieses Geld sollte den Steuerzahlenden zurückvergütet werden. Für die anstehende Beratung im Kantonsrat fordert die ZHK daher eine Steuerfussenkung von zwei Prozentpunkten beziehungsweise 150 Mio. Franken – dies entspricht dem Gewinn, den der Kanton Zürich im Jahr 2024 erzielt hat. Eine Steuerfussenkung stärkt ausserdem die Standortattraktivität in einem zunehmend härteren internationalen Wettbewerb.

Andererseits gilt es, das ungebremste Wachstum des Verwaltungsapparats zu adressieren. Das Personalwachstum übertrifft jenes der Bevölkerung seit Jahren, und für 2026 rechnet der Kanton mit insgesamt fast 55'000 Vollzeitstellen. Das

ist besorgniserregend. Eine jüngst lancierte FDP-Initiative will diesen Trend zurecht korrigieren. Die ZHK unterstützt das Vorhaben.



Zur Webseite der Initiative:
www.personalbremse.ch ▼

5 FRAGEN AN STEPHAN WIDRIG, CEO ALLREAL-GRUPPE



Was macht Zürich aus Ihrer Sicht standortpolitisch gut – und wo besteht Luft nach oben?

Zürich ist ein attraktiver Standort mit einer sehr hohen Lebensqualität. Wir haben Ausbildungs- und Forschungsstätten von Weltruf und eine gute internationale Anbindung. Das führt auch zu einer hohen Dichte an international tätigen Firmen mit überdurchschnittlicher Wertschöpfung – diese tragen wesentlich zu unserem Wohlstand bei. Der Erfolg macht leider etwas träge. Bürokratie und Regulierung nehmen stetig zu. Zürich hat die höchsten Unternehmenssteuern der Schweiz. Und wichtige Reformen bleiben aus, die es braucht, um auch fit für die Herausforderungen der Zukunft zu sein.

Am 30. November stimmt die Zürcher Bevölkerung über die Vorkaufsrechtsinitiative ab. Was würde ein kommunales Vorkaufsrecht für private Liegenschaften aus Ihrer Sicht bedeuten?

Sollte die Initiative angenommen werden, müsste künftig jede Immobilientransaktion noch eine weitere Bürokratieschleife drehen – bei sehr wenigen

Liegenschaften, die für einen staatlichen Kauf überhaupt in Frage kommen. Die zusätzlichen Verzögerungen und Unsicherheiten, die durch dieses Vorkaufsrecht geschaffen würden, stehen in keinem Verhältnis zur allfälligen Wirkung. Und zudem ist es auch eine massive Beschränkung der Eigentumsfreiheit, wenn der Vertragspartner für einen Verkauf nicht mehr eigenständig bestimmt werden kann.

Neben der Vorkaufsrechtsinitiative kommen im Kanton Zürich voraussichtlich nächstes Jahr weitere wohnpolitische Vorlagen an die Urne – konkret die Mietzinsdeckel-Initiative und die Initiative für eine staatliche Wohnbaugesellschaft. Welche Auswirkungen hätten solche Eingriffe auf die Bautätigkeit und die Verfügbarkeit von Wohnungen?

Ein Mietzinsdeckel würde die anspruchsvolle Situation auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärfen, da noch weniger neuer Wohnraum entsteht als heute schon. Auch Instandhaltungsaktivitäten würden zurückgefahren und aufwendige energetische Sanierungen deutlich erschwert. Diese Entwicklungen sind kein Schreckensgespenst, sondern können aktuell am Beispiel in der Stadt Basel unmittelbar beobachtet werden.

Die Wohnraumknappheit ist eine Herausforderung: Was braucht es denn, damit wieder mehr gebaut wird?

Wenn die Nachfrage steigt, und wir keine neuen Flächen einzonen, müssen wir im Bestand eine höhere Ausnutzung und Verdichtung erreichen. Das Angebot muss der Nachfrage entsprechen, und für die Bereitstellung von ausreichend Wohnraum braucht es die Investitionen von privaten Investoren wie auch den gemeinnützigen Genossenschaften. Werden einseitig die Mieten im Bestand geschützt, steigen die Mieten für jene, die neu eine Wohnung brauchen, stetig weiter an.

Die Steuervorlage im Mai hat gezeigt, dass die Bevölkerung Grossunternehmen oft kritisch gegenübersteht. Was bedeutet diese Skepsis für Immobilienfirmen wie Allreal? Wie gelingt es, Vertrauen aufzubauen?

Ich nehme die grossen institutionellen Immobilieninvestoren als sehr verantwortungsvoll wahr. Wir entwickeln qualitativ und ökologisch hochwertige Projekte, und die Renditen sind im tiefen einstelligen Prozentbereich. Oft geht in der Diskussion vergessen, dass institutionelle Investoren keine anonymen Organisationen sind, sondern aus engagierten Mitarbeitenden bestehen, die ebenso Lösungen für die gesamte Gesellschaft suchen. Firmen, die neuen Wohnraum bauen, sind Teil der Lösung, nicht das Problem. zhk.ch ▾

MOBILITÄTSINITIATIVE: KLARHEIT FÜR DEN VERKEHR

Am 30. November stimmt der Kanton Zürich über die Mobilitätsinitiative ab. Sie legt fest, dass auf Hauptverkehrsachsen grundsätzlich Tempo 50 gilt, mit Ausnahmen etwa vor Schulen oder Heimen.

Mit der Mobilitätsinitiative, die von einer breiten Allianz von Verbänden und von Parteien von SVP bis Die Mitte unterstützt wird, soll eine einheitliche Strassenhierarchie gewährleistet werden: Hauptachsen für den Durchgangsverkehr, Nebenstrassen für die Feinverteilung. Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen ein Ja.

Für Gewerbe und Dienstleister ist Verlässlichkeit entscheidend. Handwerker, Lieferdienste und Detailhandel sind auf planbare Fahrzeiten angewiesen. Ein flächendeckendes Tempo 30 auf Hauptachsen würde Fahrten verlängern, Kosten erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit mindern. Auch der öffentliche Verkehr profitiert: Busse und Trams kommen schneller voran, was den Betrieb günstiger und attraktiver macht.

Die Initiative schützt zudem die Quartiere. Wenn der Verkehr auf den Hauptachsen flüssig bleibt, weicht er weniger in Wohngebiete aus. Das bedeutet: mehr Sicherheit für Kinder, weniger Lärm für Anwohnerinnen und Anwohner. Auch Rettungsdienste erreichen ihre Einsatzorte zuverlässiger – ein Faktor, der im Notfall entscheidend sein kann.

Die Mobilitätsinitiative bringt vielfache Vorteile. Sie sorgt für Rechtssicherheit und klare Regeln und verhindert einen Flickenteppich bei den Temporegeln. Für die Wirtschaft bedeutet sie verlässliche Rahmenbedingungen, für die Bevölkerung mehr Sicherheit und weniger Belastungen in den Quartieren. Ein Ja stärkt damit den Standort Zürich.



Hier kann dem Komitee beigetreten werden: www.ja-mobilitaet.ch/unterstuetzer-werden ▾

BUNDESRAT STÄRKT DEN FLUGHAFEN ZÜRICH

Der Bundesrat hat das überarbeitete Objektblatt Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) für den Flughafen Zürich verabschiedet. Damit sind die heutigen Betriebszeiten von 06:00 bis 23:30 Uhr rechtlich bestätigt – ein Entscheid mit Signalwirkung für die internationale Anbindung und die wirtschaftliche Stärke des Standorts Zürich.

Mit dem Entscheid des Bundesrats ist klargestellt: Der Flughafen Zürich behält seine heutigen Betriebszeiten von 6:00 bis 23:30 Uhr, wobei die letzte halbe Stunde ausdrücklich dem Verspätungsabbau dient. Diese Festlegung schafft Rechtssicherheit und ist für den Drehkreuzbetrieb unverzichtbar. Gerade die Abendwelle der Langstreckenflüge könnte ohne diese Regelung nicht zuverlässig durchgeführt werden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens ist enorm: Rund 7 Milliarden Franken Wertschöpfung pro Jahr, über 35'000 Arbeitsplätze direkt am Standort sowie internationale Direktverbindungen in mehr als 70 Länder. Der Flughafen ist damit eine Schlüsselinfrastruktur für Wirtschaft, Forschung, Tourismus und internationale Organisationen.

Eine Verkürzung der Betriebszeiten um 30 Minuten hätte gravierende Folgen: Laut Studien würden rund 30 Prozent der Langstreckenflüge wegfallen, mit Verlusten von bis zu 1,6 Milliarden Franken und rund 8'000 Arbeitsplätzen. Der nun vorliegende Entscheid des Bundesrats stellt sicher, dass solche Szenarien nicht eintreten.

Die Zürcher Handelskammer begrüsst, dass der Bund den Rahmen klar abgesteckt hat. Mit dem SIL-Objektblatt wird der Weg frei für eine ver-

lässliche Weiterentwicklung des Flughafens. Dazu gehören auch Projekte wie die Pistenverlängerungen, die von der Zürcher Stimmbevölkerung im März 2024 mit klarer Mehrheit angenommen wurden.

Für die exportorientierte Wirtschaft ist die internationale Erreichbarkeit essenziell. Der SIL-Entscheid ist deshalb nicht nur ein Beitrag zu mehr Rechtssicherheit, sondern ein klares Bekenntnis zur globalen Vernetzung des Standorts Zürich – im Interesse der ganzen Schweiz. zhk.ch ▾

BERICHT AUS DEM ZÜRCHER KANTONS RAT

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben lehnt die «Wohnungsinitiative» ab – und befürwortet einen Gegenvorschlag.

Um was geht es?

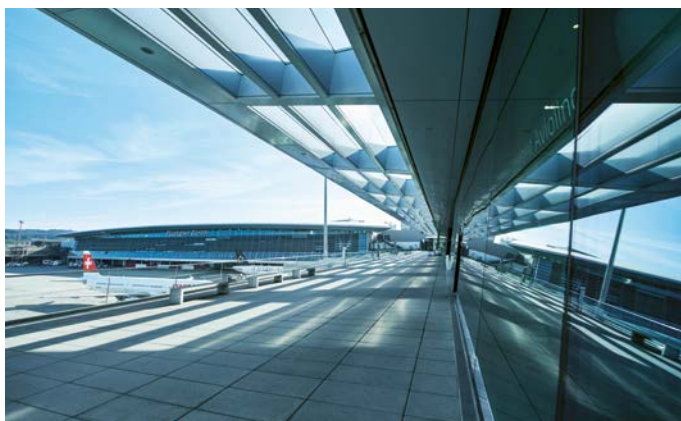
Die «Wohnungsinitiative» ist eine von fünf Volksinitiativen zur Wohnungspolitik, die im Kanton Zürich derzeit hängig sind. Mit dieser Volksinitiative sollen Kanton und die Gemeinden den Verfassungsauftrag erhalten, für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot zu sorgen und ökologische Bauweisen zu fördern. Zudem soll eine kantonale öffentlich-rechtliche Anstalt gegründet werden, welche günstige Wohnungen bereitstellt und gemeinnützige Wohnbauträger unterstützt.

Der Gegenvorschlag des Regierungsrats will den Kanton und Gemeinden auf Verfassungsebene beauftragen, günstige Rahmenbedingungen für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot zu schaffen. Diese Rahmenbedingungen soll der Regierungsrat innert drei Jahren konkretisieren und dem Kantonsrat vorlegen.

Was sagen die politischen Parteien?

Die Kommissionsmehrheit aus SVP, FDP, GLP, Die Mitte und EVP lehnt die «Wohnungsinitiative» ab. Die Parteien beurteilen den anhaltenden Mangel an Wohnungen als Hauptproblem. Um den Wohnungsbau anzukurbeln, brauche es mehr Anreize für private Bauträgerschaften und vereinfachte Verfahren. Für diese biete der Gegenvorschlag eine gute Grundlage.

Die Kommissionsminderheit aus Grünen, SP und AL unterstützt die Volksinitiative. Eine öffentlich-rechtliche Anstalt würde bestehende Massnahmen und Bauträger ergänzen und Wohnraum bereitstellen, der tatsächlich günstig und nachhaltig sei. Die notwendigen finanziellen Mittel könne der



Kanton auf dem Markt günstig aufnehmen. Den Gegenvorschlag beurteilt die Minderheit als inhaltsleer und überflüssig.

Wie geht es weiter?

Über die Volksinitiative wie auch den Gegenvorschlag wird als nächstes der Kantonsrat beraten – dies dürfte noch in diesem Halbjahr erfolgen. Eine Volksabstimmung wird für Mitte 2026 erwartet.

Was ist die Meinung der ZHK?

Die Zürcher Handelskammer lehnt die Volksinitiative ab und unterstützt den Gegenvorschlag des Regierungsrates. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, als Immobilienmakler zu fungieren. Um den Wohnungsmangel zu entschärfen, müssen mehr Wohnungen gebaut werden. Durch eine schlankere Regulierung, Abbau von Vorschriften sowie ein Verkürzen von Bewilligungsfristen kann das Erstellen von neuem Wohnraum erleichtert werden. ▼

MITGLIEDERVERZEICHNIS ONLINE VERFÜGBAR

Seit dem 5. September 2025 können Mitglieder das Verzeichnis online unter www.mitgliederverzeichnis.zhk.ch nutzen. Es wurde auf vielseitigen Wunsch entwickelt, den Austausch und die Vernetzung zwischen den Mitgliedern zu fördern. Das Verzeichnis bietet einen Überblick über alle Mitglieder sowie Informationen zu Branche, Standort, Firmengrösse und Dauer der Mitgliedschaft.

Das Verzeichnis soll kontinuierlich weiterentwickelt werden. Im nächsten Schritt ist die Anzeige von Namen und E-Mail-Adresse der Kontaktpersonen geplant. Für die Veröffentlichung ist die Zustimmung jedes einzelnen Mitglieds erforderlich. Anschliessend soll der Link zur Webseite integriert werden. Zukünftig sind weitere Angaben wie beispielsweise detailliertere Informationen zu den Kontaktpersonen oder zur Branche denkbar.

Neben dem Ausbau ist die Steigerung der Qualität der Angaben das zentrale Anliegen. Die Mitglieder können dazu entscheidend beitragen und gleichzeitig den Mehrwert des Verzeichnisses erheblich steigern. Korrekturen zu den eigenen Angaben, die Zustimmung zur Publikation von Kontaktpersonen oder Ergänzungswünsche können direkt mittels Kontaktformular im Verzeichnis oder an direktion@zhk.ch mitgeteilt werden. ▼



www.mitgliederverzeichnis.zhk.ch

Neue ZHK-Mitglieder

APLENAS KIG

APLenas ist eine moderne E-Commerce-Plattform mit dem Ziel, kleinen und mittleren Unternehmen eine professionelle Online-Präsenz zu ermöglichen. Der Ansatz von APLenas ist es, Unternehmerinnen und Unternehmen eine einfache Möglichkeit zu geben, ihre Produkte online zu präsentieren, während Käufer gleichzeitig an einem Ort alles finden, was sie benötigen.

www.aplenas.ch

Iris Burkard – Premium. Brand. Design.

Iris Burkard entwickelt strategische und emotionale Markenauftritte für dynamische Unternehmen im Wandel und mutige Gründerinnen und Gründer. Ob Generationenwechsel, Modernisierung, eine neue Strategie oder Firmengründung – Iris Burkard begleitet solche Phasen, damit die Marke Schritt hält, Vertrauen schafft und die Kundenbindung stärkt. Ihr Fokus: Storytelling und ein konsistenter Markenauftritt in digitalen wie auch in klassischen Medien.

www.irisburkard.com

Aktuelle Events

30. OKTOBER
2025

Event mit PKZ:
Die Bahnhofstrasse im Wandel

26. NOVEMBER
2025

Partner Event:
Mentale Gesundheit im Fokus

11. NOVEMBER
2025

Neumitgliederanlass

17. NOVEMBER
2025

Partner Event: AHV, Pensionskasse
und Partnerschaft

18. NOVEMBER
2025

Seminar
Ermächtiger Ausführer



Impressum

Die Zürcher Handelskammer vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen ihrer über 1200 Mitglieder in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich seit 150 Jahren für liberale und wettbewerbliche Rahmenbedingungen für Unternehmen ein und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren.

Quellen

ZHK, rivedia.com

Zürcher Handelskammer

Löwenstrasse 11, Postfach,
8021 Zürich, zhk.ch

Direktion

+41 (0)44 217 40 50
direktion@zhk.ch

Beglaubigungen / Carnet ATA

+41 (0)44 217 40 40
beglaubigung@zhk.ch

Weitere Informationen sowie die Anmeldung für diese und andere ZHK- und Partner-Events finden Sie unter:
www.zhk.ch/events

